

Energiewende jetzt für unser Klima und für ein Ende der Abhängigkeit von den Anbietern fossiler Energieträger!

Beschluss der Jahreskonferenz 2022

Basierend auf einen Antrag des NFI-Vorstandes und der thematischen Gruppe für EU-Politik

Ein schneller Umstieg auf erneuerbare Energien ist dringend notwendig, um die globalen Klimaziele zu erreichen und ein energieautarkes und unabhängiges Europa zu ermöglichen.



„Können wir uns den Klimaschutz angesichts der anhaltenden Energiekrise leisten?“ Diese oder eine ähnliche Frage kann man heute auf vielen Kanälen in ganz Europa hören. Die Preise für Gas, Strom und Treibstoff sind in den letzten Monaten stark gestiegen und werden in den kommenden Monaten höchstwahrscheinlich noch weiter steigen.¹ Dies betrifft nicht nur Unternehmen, sondern vor allem auch private Haushalte, die mit deutlich höheren Gas-, Strom- oder Heizungsrechnungen konfrontiert sind. Viele können sich diese exorbitant gestiegenen Energiepreise nicht mehr leisten und sind von Energiearmut bedroht.

Aber gerade die immer weiter steigenden Kosten für fossile Energien zeigen deutlich, dass wir den Umstieg auf erneuerbare Energien beschleunigen müssen, um unsere Abhängigkeit von den Monopolanbietern fossiler Energieträger so schnell wie möglich zu reduzieren. Ein Prozess, der natürlich im Einklang mit den Naturschutzrichtlinien und der Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union stehen muss.

Ein Schlüsselement ist dabei die Investition in leistungsfähige Stromspeichermöglichkeiten, um die wetterabhängigen Produktionsmengen der erneuerbaren Energien auszugleichen. Parallel dazu sind geeignete Maßnahmen erforderlich, um einkommensschwache Haushalte vor überhöhten Energiekosten zu schützen.

Natürliche Gasmonopole und konzentrierte Abhängigkeiten lassen die Gaspreise steigen

Der Hauptgrund für den Anstieg der Gaspreise ist kein Geheimnis: Im Zuge des Angriffskrieges gegen die Ukraine hat Russland auch die Gaslieferungen nach Europa eingeschränkt. Auf diese Weise will es die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Europas für die Ukraine schwächen oder beenden. Gas ist eine leitungsgebundene Energieform, die den Lieferanten ein so genanntes natürliches Monopol verschafft. Die weltweite Nachfrage nach Gas steigt ständig, und die Anbieter legen die Preise auf diesem Markt fest. Jede Einschränkung des Angebots führt zu einem sofortigen Preisanstieg – nicht, weil die Produktionskosten steigen, sondern weil die Monopolanbieter höhere Preise verlangen, um ihre Gewinne zu maximieren. Dies führt zu dem Paradoxon, dass Russland trotz des eingeschränkten Angebots mehr an seinem Gas verdient als vor dem Krieg.

Normalerweise versucht man, solche Monopole zu regulieren – wie es zum Beispiel bei den Stromnetzen, den Telekommunikationsnetzen oder der Eisenbahninfrastruktur in Europa der Fall ist. Bei Gas funktioniert das nicht, weil die Staaten, die das Gas liefern, nicht an fairem Handel interessiert sind, sondern die Gewinne nutzen, um ihren Reichtum und ihre globale Machtposition

¹ Auf dem Energiemarkt werden die Verträge meist für ein Jahr oder länger abgeschlossen. Höhere Preise werden daher für die Verbraucher*innen erst mit einer entsprechenden Verzögerung wirksam.

auszubauen. Die Regulierung erfordert die Zustimmung der von der Regulierung Betroffenen – dies ist auf dem internationalen Gasmarkt nicht durchsetzbar. Eingriffe in die Gasbörsen auf europäischem Territorium sind auch deshalb wenig sinnvoll, weil die Anbieter auch mit Direktverträgen („over the counter“) arbeiten und so die Börsen außer Kraft setzen können.

Den Verbraucherländern bleibt daher nichts anderes übrig, als erstens zu diversifizieren, d.h. Gas nicht nur von einem, sondern von möglichst vielen Anbietern zu beziehen, und zweitens Gas einzusparen – durch Energiesparmaßnahmen und durch den Umstieg auf erneuerbare Energien. Das geht nicht von heute auf morgen, aber es muss so schnell wie möglich geschehen, auch weil der Ausstieg aus fossilen Energien dringend vorangetrieben werden muss, um die gemeinsamen Klimaziele zu erreichen. Der Ukraine-Krieg und die Erpressung durch Russland beschleunigen diese Entwicklung, weil Europa nun keinen anderen Ausweg hat.

Parallel dazu braucht es eine staatliche Unterstützung für einkommensschwache Haushalte, die derzeit noch auf Gas als Energiequelle angewiesen sind, damit der Grundbedarf an Gas für sie erschwinglich bleibt.

Anstieg der Strompreise aufgrund mangelnder Speichermöglichkeiten

Grundsätzlich versuchen alle europäischen Länder seit Jahren, auf die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, d.h. Wind, Sonne, Wasserkraft und Erdwärme, umzusteigen.² Dadurch wird das Stromsystem jedoch zunehmend wetterabhängig, und in Zeiten, in denen Wind, Sonne oder Wasser knapp sind, müssen Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerke einspringen. Eine Besonderheit der Stromsysteme ist, dass zu jeder Sekunde genau so viel Strom in die Netze eingespeist werden muss, wie gleichzeitig entnommen wird. Dafür gibt es eigene Regelkraftwerke, die auf Anforderung der europäischen Netzbetreiber ihre Produktion erhöhen oder reduzieren müssen. Leider haben viele europäische Länder auf Gaskraftwerke als Reservekraftwerke gesetzt, weil sie bei Bedarf rasch Strom produzieren können. Da immer mehr Gaskraftwerke zugeschaltet werden, spiegeln sich die höheren Gaspreise auf dem Strommarkt wider.³ Die so genannte „Brückentechnologie“ Gas wirkt sich nun nicht nur negativ auf die Energiewende aus, sondern belastet auch die Haushalte mit höheren Energiepreisen.

Die richtige Strategie wäre, für Zeiten des Minderangebots an erneuerbarer Produktion verstärkt Stromspeicher, wie z.B. Wasserstoffspeicher, aufzubauen. In Zeiten des Überangebots wird Strom zur Erzeugung von Wasserstoff genutzt, der in Kavernen oder Tanks gespeichert werden kann. Diese Technologie hat den Vorteil, dass aus Wasserstoff emissionsfrei Strom erzeugt werden kann. Da die Technologie derzeit noch teuer ist, gibt es nur wenige Versuchsanlagen. Mit entsprechender Förderung, wie es bei Wind- und Photovoltaikanlagen der Fall war, hätten wir aber schon heute einen ansehnlichen Park von Speicheranlagen, die Gas im System ersetzen könnten. Zwar würden dann anstelle von Gaskraftwerken Speicherkraftwerke den Preis bestimmen, aber nur, wenn es zu wenig erneuerbare Energie gibt.

² Die NFI verurteilt die Entscheidung, Atomkraft als nachhaltige Investition in den ergänzenden delegierten Rechtsakt zur EU-Taxonomie aufzunehmen; siehe: <https://www.nf-int.org/presse/presseaussendungen/kein-greenwashing-von-atomkraft-und-fossilem-gas-der-eu-taxonomie>

³ Dass der höchste von einem Erzeuger angebotene Preis den Strompreis bestimmt, ist keine Besonderheit des Strommarktes, sondern allgemeine kapitalistische Geschäftspraxis: Jeder Erzeuger verlangt immer den Preis knapp unter dem teuersten Konkurrenten. Natürlich könnte man den höchsten Strompreis an den Stromhandelsbörsen begrenzen - aber auch hier können die Erzeuger auf den bilateralen Handel setzen; Sie müssen nicht an der Börse anbieten.

„Windfall-Profits“ abschöpfen

Während viele Haushalte durch die Abhängigkeit von Gaskraftwerken massiv bedroht sind, machen die verbleibenden Stromversorger, die ihren Strom mit erneuerbaren Energien erzeugen und dafür genauso viel verlangen können wie die Gaskraftwerke, hohe Übergewinne, die in der Sprache der Politik „Windfall-Profits“ (Zufallsgewinne) genannt werden. Es stimmt nicht, dass diese Übergewinne in weitere Anlagen investiert werden – wie oft behauptet wird. Vielmehr gibt es bei den erneuerbaren Energien seit langem einen Projektstau: Es fehlt an Fachleuten, geeigneten Flächen und den entsprechenden Genehmigungen für neue Anlagen. Deshalb ist es richtig, diese Überschüsse abzuschöpfen, solange teure Gaskraftwerke am Netz sind, und sie zur Entlastung der Konsument*innen und zum Bau von Speicheranlagen zu verwenden, damit die Gaskraftwerke möglichst bald vom Markt genommen werden können.

Die Jahreskonferenz der Naturfreunde Internationale in Lozio (Italien) fordert daher die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf, eine koordinierte Energiepolitik zu betreiben:

- **Energiesparmaßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen;**
- **Entlastung einkommensschwacher Haushalte und Gewährleistung einer Energiegrundsicherung;**
- **Beschleunigung der Energiewende hin zu erneuerbaren Energiequellen (Wind, Sonne, Wasser, Erdwärme) im Einklang mit den Naturschutzrichtlinien der Europäischen Union;**
- **Umsetzung einer koordinierten Speicherstrategie, um die Abhängigkeit von fossilen Reservekraftwerken zu verringern;**
- **Unterstützung der Ziele der internationalen Klimapolitik und deren Umsetzung in Europa – denn nur ein Umsteuern in eine erneuerbare Energiezukunft führt zu einem sozialen und ökologischen Wandel und verringert unsere Abhängigkeit von internationalen Monopolmärkten.**

Lozio, 15.10.2022